

# UNION IN EUROPA

**CDU/CSU-Gruppe** in der  
EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

Nummer 7 · 2. Mai 2006 · [www.cducsu.eu](http://www.cducsu.eu)



v.l.: Markus Ferber MdEP, Ministerpräsident Roland Koch MdL,  
Hartmut Nassauer MdEP

## Ministerpräsident Koch zu Besuch in Brüssel

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch traf in Brüssel zu einem Gespräch mit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament zusammen. Koch äußerte sich kritisch zur Rolle der EU bei der Überprüfung bzw. der Genehmigung von großen Investitionsprojekten wie dem Ausbau des Flughafens Frankfurt. Es sei nicht hinnehmbar, dass die EU so stark regulierend in die Investitionsentscheidungen eines Bundeslandes eingreife. Er sei sich aber auch bewusst, dass bei der Umsetzung von EU-Vorschriften auf nationaler Ebene noch Verbesserungsbedarf bestehe, um die Spielräume der EU-Vorgaben sinnvoll auszunutzen.

### Inhalt

Lutz Goepel:  
Vogelgrippe  
Seite 2

Dieter-L. Koch:  
Verkehrssicherheit  
Seite 3

Thomas Mann:  
Arbeitnehmer-Freizügigkeit  
Seite 6

Doris Pack:  
Kulturhauptstadt  
Seite 6

LUTZ GOEPEL:

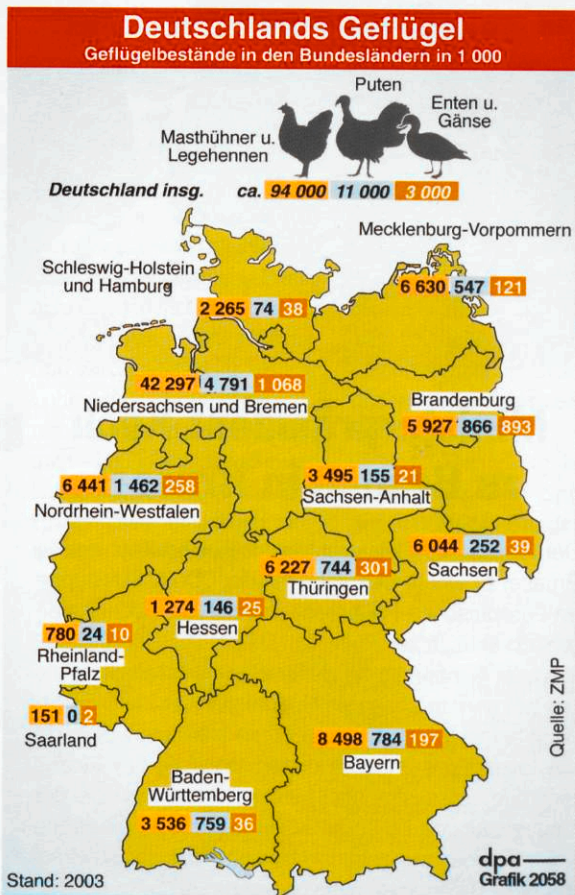
## Sonderbeihilfen für betroffene Betriebe

BEIHILFEN FÜR IN IHRER EXISTENZ BEDROHTE BETRIEBE WAREN ÜBERFÄLLIG

Mit großer Erleichterung hat der agrarpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Lutz Goepel, den Beschluss der EU-Agrarminister zur beschleunigten Zahlung von Sonderbeihilfen für besonders von der Vogelgrippe betroffene Betriebe aufgenommen. „Es ist erfreulich, dass der Rat den Weg für die vom Europäischen Parlament noch vor Ostern angeregten Sonderhilfen zugunsten von in ihrer Existenz bedrohten Betrieben so zügig freigemacht hat. Positiv ist auch, dass die Mitgliedstaaten durch die obligatorische Kofinanzierung dieser Sonderhilfen gleichermaßen in die Pflicht genommen werden sollen“, erklärte Goepel in Brüssel.

Angesichts der dramatischen Einbußen für die Geflügelwirtschaft seien diese Hilfsmaßnahmen mehr als überfällig gewesen. So habe allein die deutsche Geflügelbranche bereits Produktionsausfälle in Höhe von 150 Millionen Euro durch die Vogelpest erlitten. „Mit

dem jetzt gefassten Beschluss können die entstandenen Kosten aus dem Nachfragerückgang sowie dem Preisverfall bei Eiern und Geflügel von europäischer Seite jetzt bis zu 50 Pro-





zent ersetzt werden. Ich möchte in diesem Zusammenhang deshalb auch ganz ausdrücklich der verantwortlichen Agrarkommissarin Mariann Fischer Boel für ihren schnellen und unbürokratischen Einsatz im Sinne der europäischen Geflügelbauern danken“, erklärte Goepel weiter.



Lutz Goepel MdEP

Es sei nun an den Mitgliedstaaten, so der EVP-Agrarpolitiker weiter, das vorhandene Hilfsinstrumentarium möglichst rasch und umfassend zu nutzen. Andererseits dürften die Stützungsmaßnahmen aber kein Grund sein, bei der eigentlichen Bekämpfung der Vogelgrippe nachzulassen. „Durch

die jetzt erfolgte Neufassung der vorhandenen Verordnungen kann die Europäische Union aber über die bisher erlaubten Ausfuhrerstattungen hinaus auf Antrag der betroffenen Mitgliedstaaten Hilfszahlungen leisten. Angesichts der durch die Vogelgrippe entstandenen schweren Marktstörungen sind diese Sonderleistungen mehr

als gerechtfertigt. Sie zeigen außerdem, dass die Europäische Union gerade in Krisenzeiten sehr wohl einen positiven Beitrag für die Landwirtschaft in den Mitgliedstaaten leistet und damit einen zusätzlichen Mehrwert schafft“, so Goepel abschließend.

DIETER-LEBRECHT KOCH:

## Elektronisches Notrufsystem eCall muss in jedes Fahrzeug

JEDE VERZÖGERUNG DER EINFÜHRUNG DES eCALL-SYSTEMS KOSTET MENSCHENLEBEN

**D**as Ziel des Dritten Aktionsprogramms zur Straßenverkehrssicherheit, die Zahl der Unfallopfer auf den Straßen der EU bis 2010 um die Hälfte auf 25.000 Todesfälle zu reduzieren, ist noch lange nicht in Sicht. Bislang konnte die Zahl der Verkehrstoten nur um rund 17 Prozent in vier Jahren verringert werden. Bei gleich bleibender Entwicklung würden im

Jahr 2010 immer noch 32.500 Menschen bei Verkehrsunfällen sterben.

Wenn jedes Fahrzeug mit eCall ausgerüstet wäre, könnten jährlich bis zu 7.000 Leben gerettet und für zirka 45.000 Verunglückte die Schwere ihrer Verletzungen minimiert werden – ein Ziel, für das zu kämpfen sich lohnt! Das elektronische Notrufsystem sendet bei einem Unfall auto-

matisch ein Signal an die nächste Notrufleitstelle und übermittelt Daten wie den exakten Standort, Zeitpunkt und Fahrzeugkennung. Dadurch verkürzt sich die Reaktionszeit bis Rettungsdienste an einem Unfallort eintreffen drastisch (um bis zu 50 Prozent in ländlichen Regionen und um bis zu 40 Prozent in



Dieter-Lebrecht Koch MDEP

städtischen Gebieten). Die Europäische Union sollte den Mitgliedstaaten daher klar machen, wie wichtig die schnelle und flächendeckende Einführung eines satellitengestützten Systems von Notdienstinfrastrukturen ist. Bis Ende 2009 muss dieses funktionsfähig sein.

### Notrufsystem bis 2009 flächendeckend installieren

Bislang haben jedoch nur sieben Mitgliedstaaten die Absichtserklärung zur Einführung dieses Systems unterschrieben und weitere vier, darunter Deutschland, haben das Verfahren zur Unterzeichnung eingeleitet. Neben der Realisierung der Infrastrukturen sollte sich die Fahrzeugindustrie in die Pflicht genommen sehen und alle neuen Fahrzeuge ab 2010 mit der eCall-Technologie ausrüsten. Besonders Käufer von Fahrzeugen im unteren Preissegment scheuen sich, für Sicherheitsausstattungen zusätzlich Geld zu investieren. Umso wichtiger ist die serienmäßige Einführung

von eCall für die Fahrzeugindustrie, um baldmöglichst die Kosten auf ein Minimum reduzieren zu können. Auch und vor allem für Motorradfahrer, die bei einem Unfall besonders schwere Verletzungen erleiden und, da sie von ihrem Fahrzeug geschleudert werden, häufig selbst keinen Notruf mehr absetzen können,

ist eCall überlebenswichtig. In LKW und Bussen ist das System ebenso sinnvoll, um Menschenleben bei einem Unfall retten zu können. Dass Schiffe und Flugzeuge mit einem vergleichbaren System ausgestattet sind, ist längst selbstverständlich.

### eCall-System kann oft Leben retten

Die Markteinführung von eCall kann ab sofort erfolgen: ein herkömmliches Mobiltelefon kann beispielsweise mittels der Bluetooth-Technologie für die Nutzung von eCall aufgerüstet werden. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis des Notrufsystems ist beachtlich: Den Ausgaben für die Einführung von eCall von rund 4,55 Milliarden Euro EU-weit stehen bis zu 26 Milliarden Euro, die jährlich durch eCall eingespart werden können, gegenüber.

*Dr. Dieter-Lebrecht Koch (CDU Thüringen) ist Mitglied im Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr des Europäischen Parlaments.*



THOMAS MANN:

## EP setzt falsches Signal bei der Freizügigkeit auf den Arbeitsmärkten

GRÄBEN ZWISCHEN ALTEN UND NEUEN MITGLIEDSTAATEN VERHINDERN

**D**as Europäische Parlament hat einen Bericht des Ungarn Csaba Öry (EVP-ED-Fraktion) mehrheitlich angenommen, der die alten EU-Mitgliedstaaten auffordert, die vertraglich garantierten Zugangsbeschränkungen für Arbeitnehmer schnellstens abzuschaffen. Er plädiert für volle Freizügigkeit in allen Sektoren und ein Ende der Übergangsfristen. Dabei wird unterstellt, dass sich die Furcht vor massiven Migrationströmen nicht bewahrt haben. Außerdem seien durch die Zuwanderung aus den neuen Staaten positive Effekte auf die Arbeitsmärkte entstanden.

Aufgrund der Erfahrungen mit den Arbeitsmärkten in Deutschland, Frankreich, Österreich und den Niederlanden muss man jedoch zu einer anderen Ansicht kommen. Diese können einen freien Zuzug von Arbeitskräften nicht verkraften. Wo deutlich höhere Stundenlöhne gezahlt werden und soziale Sicherheit gewährleistet ist, ist der Zustrom von Arbeitsuchenden groß. Infolgedessen muss die Einwanderung kontrolliert werden; Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit sind zu verhindern.



Thomas Mann MdEP

Berechtigerweise hat die Deutsche Bundesregierung Mitte März beschlossen, die Begrenzung der Freizügigkeit um drei Jahre zu verlängern. Dabei ist allen bewusst, dass einige Branchen die Freizügigkeit positiv sehen, um den Bedarf an Fachkräften und Saisonarbeitern zu decken. Auch wenn sich Deutschland

durch den rechtlich nicht bindenden Appell des Europäischen Parlaments kaum beirren lassen wird, ist nicht auszuschließen, dass nationale Scharfmacher gegen die „alten EU-Mitgliedstaaten“ Stimmung machen. Sie werden alles dazu tun, um sie auf die Anklagebank zu bringen. Die Androhung eines Kaufboykotts von Produkten geht genau in diese Richtung.

Eine der Voraussetzungen, um die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland von der Erweiterung um zehn neue Staaten zu überzeugen, lautete: Mit der Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer bis zum Jahre 2011 sollten sich Manager und Beschäftigte schrittweise an den größeren europäischen Binnenmarkt gewöhnen. Die diesbezüglich in

Zusammenarbeit mit dem Berichter-  
statter eingebrachten Änderungsan-  
träge erhielten nur teilweise die Zu-  
stimmung des Parlaments. Akzeptiert  
wurde die Empfehlung an die Mit-  
gliedstaaten, eine Verlängerung der  
Übergangsmaßnahmen erst aufgrund  
einer detaillierten Arbeitsmarktanaly-  
se vorzunehmen. Das EP stimmte  
auch dem Kompromiss zu, Vorschriften  
auszuarbeiten, um Angehörige  
der neuen Mitgliedstaaten gegenüber  
Drittstaaten nicht zu benachteiligen.  
Letztere werden nämlich bei der Ver-  
gabe von Arbeitserlaubnissen oftmals  
bevorzugt.

Einige von der CDU/CSU-Gruppe  
gestellte Änderungsanträge wurden  
abgelehnt. Dazu gehört die Strei-

chung der Behauptung, dass die Zu-  
wanderung aus den neuen Mitglied-  
staaten einen deutlich geringeren  
Druck auf die Arbeitsmärkte der alten  
15 EU-Mitgliedstaaten gehabt habe.

Der Öry-Bericht ist unausgewogen.  
Es kommt gerade auf die EVP-ED-Frak-  
tion an, einen Beitrag dafür zu leisten,  
dass die alten EU-Mitgliedstaaten  
nicht gegen die neuen ausgespielt  
werden. Das gemeinsame Projekt der  
EU ist mehr als eine Freihandelszone!  
Es darf nicht durch emotionale Debat-  
ten auf der Strecke bleiben.

*Thomas Mann (CDU Hessen) ist  
stellv. Vorsitzender des Ausschusses  
für Beschäftigung und soziale Angele-  
genheiten des Europäischen Parla-  
ments.*

## Doris Pack: Kulturhauptstadtprogramm als grenzüberschreitende Dimension verstehen

Doris Pack, EVP-ED-Koordinatorin im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments, hat sich dafür ausgesprochen, das Kulturhauptstadtprogramm als ein wahrhaft europäisches Programm im Sinne der europäischen Kultur und nicht als rein nationale Angelegenheit zu begreifen: „Es ist mir ein Herzensanliegen, dass die Kulturhauptstädte zu einem Werbeträger für die europäische Kultur insgesamt werden. Deshalb ist es auch richtig, dass aus dieser ehemals intergouvernementalen Zusammenarbeit inzwischen eine richtige Gemeinschaftsaufgabe geworden ist“. Die CDU-Europaabgeordnete sagte weiter, dass es das Hauptziel des Programms sein müsse, einen realen europäischen Mehrwert zu schaffen: „Dazu gehört, dass die Bewerberstädte sich anstrengen müssen, nicht nur das zu zeigen, was sie ohnehin schon an kulturellen Besonderheiten haben, sondern zusätzlich darzustellen, welchen Beitrag sie als Kulturvermittler und Kulturträger auf europäischer Ebene und damit auch grenzüberschreitend leisten“. Das Kulturhauptstadtprogramm leiste zudem einen wichtigen Beitrag zur Bildung von Netzwerken und zur Förderung des Wettbewerbs zwischen den Bewerberstädten.



Doris Pack MdEP



## kurz & bündig

AKTUELLES AUS DER EVP-ED-FRAKTION

### ■ Pöttering begrüßt Zusammenschluss von estnischen EVP-Mitgliedsparteien

Der Fraktionsvorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering** (CDU), hat den angekündigten Zusammenschluss der beiden estnischen Parteien Pro Patria Union und Res Publica begrüßt. Beide Parteien sind Mitglieder der Europäischen Volkspartei. Pöttering betonte die Notwendigkeit, die gemeinsame politische Überzeugung geschlossen zu vertreten. „Parteien, die für Reformen, die soziale Marktwirtschaft und christlich-demokratische Werte einstehen, sind bereit dazu, die anstehenden Aufgaben anzugehen, darunter die Änderung der demografischen Struktur unserer Bevölkerung, die Schwächung von Werten in der Gesellschaft, und politischen Populismus“.

### ■ Europäischen Hochwasserschutz verbessern

Der Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Hochwasserrichtlinie, **Richard Seeber** (Österreich), hat sich für einen verbesserten europäischen Schutz vor Hochwasser ausgesprochen. „Rein nationale Konzepte für das Hochwassermanagement reichen nicht mehr aus, vor allem da die große Mehrheit europäischer Flussgebiete zwischen zwei oder mehreren Staaten geteilt ist. Wir brauchen dringend ein europaweites Regelwerk zum Hochwassermanagement, mit dem hochwasserbe-

dingte Risiken für die menschliche Gesundheit, die Umwelt, Infrastrukturen und die Wirtschaft verringert und bewältigt werden können“, so der Tiroler Europaabgeordnete. Im Umweltausschuss des Europäischen Parlaments wird dazu in erster Lesung über einen Bericht über die Richtlinie zur Bewertung und Bekämpfung von Hochwasser beraten. Die Richtlinie wird im Mitentscheidungsverfahren zwischen Rat und Parlament beschlossen. Dieser europäische Regelungsrahmen sollte nach Auffassung Seebers jedoch unter strengster Beachtung des Subsidiaritätsprinzips geschaffen werden. „Tiroler Gebirgsflüsse und Niederländische Kanaldeiche unterliegen anderen Bedingungen. Zahlreiche wichtige Entscheidungen wie etwa das Schutzniveau und die Wahl von Schutzmaßnahmen können und sollten von den Mitgliedstaaten daher selbst getroffen werden“.

### ■ EU-Flüchtlingshilfe für Malta gefordert

Mehrere Mitglieder der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament haben sich für eine verstärkte Hilfe der Europäischen Union im Kampf gegen die illegale Einwanderung auf Malta ausgesprochen. „Malta kann dieses Problem, das ganz Europa betrifft, nicht alleine lösen“, sagte das EVP-ED-Mitglied **Stefano Zappala** (Italien). Der maltesische Abgeordnete Simon Busuttill berichtete von Gesprächen mit Flüchtlingen auf der

Mittelmeerinsel. „Keiner der Einwanderer, mit denen wir gesprochen haben, wollte nach Malta kommen. Die meisten wollen auf das europäische Festland“. Hintergrund der Debatte ist, dass Malta 1 Prozent seines Staatshaushaltes zur Bewältigung des Flüchtlingsproblems aufwendet und rund 10 Prozent der Polizei und Armee einsetzt.

#### ■ Bericht zum Welthandel angenommen

Der erfolgreiche Abschluss der Doha-Runde im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO stellt eine wichtige Herausforderung dar. Dies erklärte der griechische EVP-ED-Abgeordnete **Georgios Papastamkos** auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments im April bei der Abstimmung über den von ihm betreuten Bericht über die Bewertung der Doha-Runde nach der WTO-Ministerkonferenz in Hongkong. Der Bericht wurde im Plenum des Europäischen Parlaments mit großer Mehrheit angenommen. Papastamkos betonte, der erfolgreiche Abschluss der Doha-Verhandlungsrunde werde den internationalen Handel und die globale Entwicklung stärken und dazu beitragen, dass das internationale Handelssystem gerechter und wirksamer wird. Ziel sei, dass alle Seiten, insbesondere die Entwicklungsländer, einen Nutzen davon haben. Dass sich die Verhandlungen nicht mehr einseitig

auf die Landwirtschaft konzentrieren, wurde von Papastamkos als positive Entwicklung gewertet. Er betonte, die EU sei mit Abstand der größte Importeur von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus Entwicklungsländern. Darüber hinaus habe die EU durch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2003 handelsverzerrende Maßnahmen deutlich reduziert und die Streichung von Ausfuhrsubventionen angeboten.

#### ■ Parlament fordert Wirtschaftsreformen

Das Europäische Parlament hat die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgerufen, Wirtschaftsreformen weiterzuführen und damit die Probleme beim Wirtschaftswachstum in der Europäischen Union anzugehen. Dies ist die Botschaft eines Berichts des stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, **José Manuel García-Margallo** (Spanien), der vom Europäischen Parlament gebilligt wurde. García-Margallo betont, dass die Wirtschaft in der Europäischen Union langsamer wächst als die ihrer Hauptkonkurrenten. Zugleich sei Europa schlechter darauf vorbereitet, die Vorteile der Globalisierung zu nutzen.

*Lasse Böhm, EVP-ED-Pressestelle  
lboehm@europarl.eu.int*

## Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Hartmut Nassauer MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, e-mail: stephan.mock@cducsu.de. Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. 02226-802-0. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Herstellung: VVA – Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.